



Michael Rottmeier

# **Prüfungswissen KOMPAKT**

Bankkaufmann/Bankkauffrau

13. Auflage

Bestellnummer 28442

## Materialien für Lehrerinnen und Lehrer



inkl. E-Book

BiBox Einzellizenz für Lehrer/-innen (Dauerlizenz)  
BiBox Kollegiumslizenz für Lehrer/-innen (Dauerlizenz)  
BiBox Kollegiumslizenz für Lehrer/-innen (1 Schuljahr)

## Materialien für Schülerinnen und Schüler



inkl. E-Book

BiBox Einzellizenz für Schüler/-innen (1 Schuljahr)  
BiBox Einzellizenz für Schüler/-innen (4 Schuljahre)  
BiBox Klassensatz PrintPlus (1 Schuljahr)

© 2026 Westermann Berufliche Bildung GmbH, Ettore-Bugatti-Straße 6-14,  
51149 Köln, [www.westermann.de](http://www.westermann.de)

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen bzw. vertraglich zugestandenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Wir behalten uns die Nutzung unserer Inhalte für Text und Data Mining im Sinne des UrhG ausdrücklich vor. Nähere Informationen zur vertraglich gestatteten Anzahl von Kopien finden Sie auf [www.schulbuchkopie.de](http://www.schulbuchkopie.de).

Für Verweise (Links) auf Internet-Adressen gilt folgender Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle wird die Haftung für die Inhalte der externen Seiten ausgeschlossen. Für den Inhalt dieser externen Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Sollten Sie daher auf kostenpflichtige, illegale oder anstößige Inhalte treffen, so bedauern wir dies ausdrücklich und bitten Sie, uns umgehend per E-Mail davon in Kenntnis zu setzen, damit beim Nachdruck der Verweis gelöscht wird.

Druck und Bindung: Westermann Druck GmbH, Georg-Westermann-Allee 66,  
38104 Braunschweig

ISBN 978-3-427-**28442-0**

## Vorwort

Der vorliegende Titel *Prüfungswissen KOMPAKT Bankkaufmann/Bankkauffrau* beruht auf der seit 2020 gültigen Ausbildungsordnung und spiegelt damit die derzeit gültige Prüfungsstruktur wieder. Dieses Prüfungswissen dient der schnellen und kompakten Prüfungsvorbereitung. Es folgt der Grundstruktur der gestreckten Abschlussprüfung und orientiert sich in den beiden Teilen 1 und 2 am AKA-Prüfungskatalog. Das Prüfungswissen bietet Ihnen damit eine strukturierte Übersicht über die wesentlichen und damit prüfungsrelevanten Inhalte, die den aktuellen Rechtsstand berücksichtigen.

Dieses Prüfungswissen gliedert sich in folgende Bereiche: In Abschnitt A finden Sie alle Themenbereiche des ersten Teils der gestreckten Abschlussprüfung zu „Konten führen und Anschaffungen finanzieren“. Der zweite Teil der gestreckten Abschlussprüfung untergliedert sich in die Prüfungsbereiche „B Vermögen aufbauen und Risiken absichern“, „C Finanzierungsvorhaben begleiten“ und „D Wirtschafts- und Sozialkunde“.

Eine Besonderheit liegt im Themenbereich „Instrumente der kaufmännischen Steuerung und Kontrolle“, die in den Lernfeldern 7 „Werteströme und Geschäftsprozesse erfassen und dokumentieren“ sowie 11 „Wertschöpfungsprozesse erfolgsorientiert steuern“ enthalten sind. Diese Inhalte werden nicht als eigener Prüfungsbereich behandelt, sondern integrativ in die Themenbereiche B und C eingebunden. Einen Überblick finden Sie hierzu in Abschnitt E.

In jedem Abschnitt finden Sie thematische Übersichten, die den Prüfungsstoff im (größeren) Zusammenhang darstellen.

Einige Themen, wie z. B. die Kreditfähigkeit und -würdigkeit, der Datenschutz und die Datensicherheit, finden sich an verschiedenen Stellen im AKA-Prüfungskatalog und damit in der Prüfung wieder. Im Prüfungswissen wurden diese Themen beim ersten Vorkommen ausführlich dargestellt, sodass bei späteren Fundstellen lediglich ein Verweis erfolgt.

Mit diesem *Prüfungswissen KOMPAKT Bankkaufmann/Bankkauffrau* bereiten Sie sich nicht nur schnell und zielgerichtet auf Ihre Prüfungen vor, sondern profitieren auch bei der Nutzung im Unterricht und zur Vorbereitung auf Leistungsnachweise. Verwenden Sie diesen Titel sowohl zur gezielten Wiederholung einzelner Themen wie auch als Nachschlagewerk.

Nun wünschen wir Ihnen viel Erfolg und Freude bei der Arbeit mit diesem Titel.

Verlag und Michael Rottmeier

# Inhalte und Struktur der Abschlussprüfung

## 1 Die gestreckte Abschlussprüfung

Mit der Neuordnung des Berufsbildes und deren Verabschiedung im Jahr 2020 wurde die gestreckte Abschlussprüfung für den Ausbildungsberuf Bankkaufmann/-frau eingeführt. Die gestreckte Abschlussprüfung besteht aus zwei Prüfungsbereichen, die zu unterschiedlichen Terminen stattfinden.

Der **erste Teil der gestreckten Abschlussprüfung** erfolgt etwa nach den ersten 18 Monaten der Berufsausbildung. Inhaltlich sind die bis dahin behandelten Ausbildungsinhalte Gegenstand der schriftlichen Prüfung. Dabei handelt es sich um die Themen „Kontoführung für Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden“ sowie um den Bereich „Finanzierung von Anschaffungen im Privatkundengeschäft“. Sie bearbeiten dabei praxisbezogene Aufgabenstellungen, indem Sie konkrete Kundensituationen bzw. Kundenanliegen analysieren und dafür jeweils eine kundenorientierte Lösung entwickeln. Gefordert ist hier nicht nur die Anwendung der rechtlichen Regelungen, sondern auch eine projektorientierte Arbeitsweise.

### Teil 1 der gestreckten Abschlussprüfung

Prüfungsbereich	Dauer	Prüfungsform	Gewichtung
Konten führen und Anschaffungen finanzieren	90 Min.	schriftlich	20 %

Der **zweite Teil der gestreckten Abschlussprüfung** findet am Ende der Ausbildung statt und unterteilt sich in drei schriftliche Prüfungsbereiche sowie einen mündlichen Prüfungsbereich. Wie bereits in Teil 1 der gestreckten Abschlussprüfung entwickeln Sie in den berufsspezifischen Prüfungsfächern, ausgehend von praxisorientierten Kundensituationen, passende Lösungen und wenden diese an. Der Prüfungsbereich Wirtschaft- und Sozialkunde bietet praxisbezogene Aufgaben- und Fragestellungen zu allgemeinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen der Berufs- und Arbeitswelt.

### Teil 2 der gestreckten Abschlussprüfung

Prüfungsbereich	Dauer	Prüfungsform	Gewichtung
Vermögen aufbauen und Risiken absichern	90 Min.	schriftlich	20 %
Finanzierungsvorhaben begleiten	90 Min.	schriftlich	20 %
Wirtschafts- und Sozialkunde	60 Min.	schriftlich	10 %
Kunden beraten	30 Min.	mündlich	30 %

Für das Bestehen der Abschlussprüfung ist die Teilnahme sowohl an Teil 1 als auch Teil 2 zwingend notwendig. Insgesamt müssen dabei folgende Kriterien erfüllt sein:

1. Gesamtergebnis von Teil 1 und Teil 2 mindestens die Note „ausreichend“
2. Ergebnis von Teil 2 mindestens die Note „ausreichend“
3. mindestens in drei Prüfungsbereichen aus Teil 2 mindestens die Note „ausreichend“
4. in keinem Prüfungsbereich von Teil 2 die Note „ungenügend“

## 2 Übersicht über Lernfelder und Prüfungsbereiche

Die Grundlage für die gestreckte Abschlussprüfung ist die Ausbildungsordnung zum neuen Berufsbild. Die zu vermittelnden Inhalte sind hierbei nach betrieblichen Prozessen strukturiert und den einzelnen Ausbildungsabschnitten (Jahren) zugeordnet.

Der Rahmenlehrplan basiert auf den gleichen fachlichen Inhalten. Er ist jedoch nach Lernfeldern aufgebaut, die thematische Einheiten bilden und sich an beruflichen Aufgabenstellungen und Handlungsfeldern orientieren. Lernfelder reflektieren dabei Arbeits- und Geschäftsprozesse. Die Inhalte weichen damit grundsätzlich von einem rein fachlich systematischen Aufbau ab.

Vor diesem Hintergrund unterscheiden sich die Ausbildungsordnung und der Rahmenlehrplan in der Reihenfolge der Inhalte unter Umständen teilweise voneinander. In der nachfolgenden Übersicht finden Sie eine Zuordnung der einzelnen Lernfelder zu den jeweiligen Prüfungsbereichen der gestreckten Abschlussprüfung.

Gestreckte Abschlussprüfung		
Teil 1	<b>Prüfungsbereich: Konten führen und Anschaffungen finanzieren</b>	
	LF 2	Konten für Privatkunden führen und den Zahlungsverkehr abwickeln
	LF 3	Konten für Geschäfts- und Firmenkunden führen und den Zahlungsverkehr abwickeln
	LF 4	Kunden über Anlagen auf Konten und staatlich gefördertes Sparen beraten
	LF 5	Allgemein-Verbraucherdarlehensverträge abschließen

<sup>1</sup> Die Abkürzung LF steht für Lernfeld aus dem Rahmenlehrplan der Kultusministerkonferenz (KMK).

Gestreckte Abschlussprüfung		
Teil 2	<b>Prüfungsbereich: Vermögen aufbauen und Risiken absichern</b>	
	LF 8	Kunden über die Anlage in Finanzinstrumenten beraten
	LF 12	Kunden über Produkte der Vorsorge und Absicherung informieren
	<b>Prüfungsbereich: Finanzierungsvorhaben begleiten</b>	
	LF 9	Baufinanzierungen abschließen
	LF 13	Finanzierungen für Geschäfts- und Firmenkunden abschließen
	<b>Prüfungsbereich: Wirtschafts- und Sozialkunde</b>	
	LF 1	Eigene Rolle im Betrieb und im Wirtschaftsleben mitgestalten
	LF 6	Marktmodelle anwenden
	LF 10	Gesamtwirtschaftliche Einflüsse analysieren und beurteilen
		<b>Integrativer Prüfungsbereich</b> LF 7 Werteströme und Geschäftsprozesse erfassen und dokumentieren LF 11 Wertschöpfungsprozesse erfolgsorientiert steuern

# Inhaltsverzeichnis

## Teil 1 der gestreckten Abschlussprüfung

<b>A</b>	<b>Prüfungsbereich: Konten führen und Anschaffungen finanzieren .....</b>	<b>11</b>
<b>1</b>	<b>Liquidität sicherstellen .....</b>	<b>11</b>
1.1	Kontoarten, -inhaber und -bezeichnung.....	11
1.2	Verfügungsberechtigung über Konten .....	16
1.3	Onlinebanking .....	18
1.4	Inlandszahlungsverkehr .....	20
1.4.1	Barzahlung .....	20
1.4.2	Überweisung .....	21
1.4.3	Lastschrift .....	22
1.4.4	Bank- und Kreditkarten .....	24
1.5	Überziehung des Girokontos .....	28
1.6	Konten eröffnen, führen und schließen.....	31
1.6.1	Rechtliche Aspekte .....	31
1.6.2	Rechnungsabschluss eines Kontokorrentkontos .....	36
1.6.3	Kontoführung bei Tod der Kontoinhaberin/des Kontoinhabers.....	38
1.6.4	Kontoführung bei besonderen Anlässen.....	40
1.7	Internationaler Zahlungsverkehr bei Privatkundschaft.....	41
1.7.1	Sorten und Devisen .....	41
1.7.2	Kursrisiken und Möglichkeiten ihrer Absicherung .....	44
1.8	Außenhandel bei Firmenkunden.....	45
1.8.1	Incoterms® 2020.....	46
1.8.2	Zahlungsbedingungen.....	47
1.8.3	Dokumentäre Zahlung.....	48
1.8.3.1	Dokumenteninkasso gegen Zahlung.....	50
1.8.3.2	Dokumentenakkreditiv .....	51
1.9	Regelungen zur Kontoeröffnung, -führung und -auflösung .....	53
1.9.1	Rechtliche Grundlagen .....	53
1.9.2	Vertragliche Vereinbarungen .....	56
1.9.3	Weitere Rahmenbedingungen.....	58
1.10	Datenschutz und Datensicherheit.....	62
<b>2</b>	<b>Vermögen bilden mit Sparformen .....</b>	<b>63</b>
2.1	Anlageformen.....	64
2.2	Bausparverträge .....	66
2.3	Verfügungsberechtigungen und Vollmachten.....	69
2.4	Besteuerung von Zinsen.....	69

2.5	Staatliche Förderungen .....	70
2.6	Anlagekonten eröffnen, führen und abschließen .....	73
2.7	Digitale Nutzung und Sicherheitsinformationen .....	74
2.8	Rechtliche Rahmenbedingungen.....	74
2.9	Datenschutz und Datensicherheit.....	74
<b>3</b>	<b>Konsumentenkredite anbieten und Abschlüsse vorbereiten.....</b>	<b>75</b>
3.1	Kreditarten und deren Verwendungsmöglichkeiten .....	75
3.2	Finanzierungsanlässe .....	76
3.3	Kreditgespräche und Kreditdetails .....	77
3.4	Finanzierungsmöglichkeiten eines Kfz.....	77
3.5	Sicherheiten .....	79
3.6	Kreditvertrag, Kreditfähigkeit und Kreditwürdigkeit .....	82
3.7	Kreditüberwachung .....	82
3.8	Datenschutz und Datensicherheit.....	86

## Teil 2 der gestreckten Abschlussprüfung

<b>B</b>	<b>Prüfungsbereich: Vermögen aufbauen und Risiken absichern .....</b>	<b>87</b>
<b>1</b>	<b>Vermögen bilden mit Wertpapieren .....</b>	<b>87</b>
1.1	Anlagemöglichkeiten .....	87
1.1.1	Schuldverschreibungen.....	87
1.1.2	Aktien .....	90
1.1.3	Investmentzertifikate (auch: Investmentanteilscheine) .....	92
1.1.4	Aktienanleihe .....	94
1.2	Kursnotierung und Börsenindizes.....	95
1.3	Chancen und Risiken an Geld- und Kapitalmärkten .....	97
1.4	Kursbildung und Einflussfaktoren.....	99
1.5	Abrechnung von Wertpapiergeschäften.....	100
1.6	Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren .....	101
1.7	Besteuerung von Wertpapiererträgen .....	103
1.8	Finanzderivate .....	105
1.9	Auftragserteilung und -abwicklung von Wertpapieraufträgen.....	107
1.10	Datenschutz und Datensicherheit.....	109
1.11	Insidergeschäfte .....	109
<b>2</b>	<b>Vorsorge und Absicherung im Alter .....</b>	<b>110</b>
2.1	Soziale Sicherungssysteme.....	110
2.2	Notwendigkeit und Drei-Schichten-Modell der privaten Vorsorge.....	113
2.3	Produkte zur privaten Vorsorge und Absicherung .....	114
2.4	Kapitallebensversicherung .....	116
2.5	Rechtliche Grundlagen und Vertragsbedingungen .....	117



2.6	Datenschutz und Datensicherheit.....	118
<b>C</b>	<b>Prüfungsbereich: Finanzierungsvorhaben begleiten .....</b>	<b>119</b>
<b>1</b>	<b>Baufinanzierungen vorbereiten und bearbeiten.....</b>	<b>119</b>
1.1	Darlehensarten .....	119
1.2	Finanzierungsanlässe .....	119
1.3	Anfragen für Baufinanzierungen.....	119
1.4	Verfahren des Immobilienerwerbs und notwendige Unterlagen .....	121
1.5	Methoden der Grundstücks- und Gebäudebewertung .....	122
1.6	Baufinanzierungsgespräche .....	124
1.7	Grundbuch.....	126
1.8	Voraussetzungen für Kreditaufnahmen.....	128
1.9	Vorzeitige Rückführung von Baufinanzierungen.....	132
1.10	Kreditüberwachung .....	133
1.11	Datenschutz und Datensicherheit.....	133
<b>2</b>	<b>Finanzierungen gewerblicher Kunden.....</b>	<b>133</b>
2.1	Arten gewerblicher Kunden .....	133
2.2	Investition und Finanzierung.....	136
2.3	Beurteilung der Kreditwürdigkeit.....	140
2.4	Darlehenslaufzeit und Abschreibungen .....	142
2.5	Kreditfähigkeit und Kreditwürdigkeit .....	142
2.6	Sicherheiten .....	143
2.7	Kreditüberwachung .....	148
2.8	Datenschutz und Datensicherheit.....	148
<b>D</b>	<b>Prüfungsbereich: Wirtschafts- und Sozialkunde .....</b>	<b>149</b>
<b>1</b>	<b>Rechtliche Rahmenbedingungen des Wirtschaftens.....</b>	<b>149</b>
1.1	Grundzüge des Rechts .....	149
1.2	Abschluss von Rechtsgeschäften .....	151
1.3	Kaufvertrag.....	155
1.4	Verbraucherschutz .....	160
<b>2</b>	<b>Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit .....</b>	<b>163</b>
<b>3</b>	<b>Umweltschutz.....</b>	<b>167</b>
<b>4</b>	<b>Berufsbildung sowie Arbeits- und Tarifrecht .....</b>	<b>169</b>
4.1	Grundlagen der Ausbildung.....	169
4.2	Grundlagen zum Arbeitsverhältnis .....	170
4.3	Grundzüge des Einkommensteuerrechts.....	174
4.4	Betriebliche Mitbestimmung .....	177

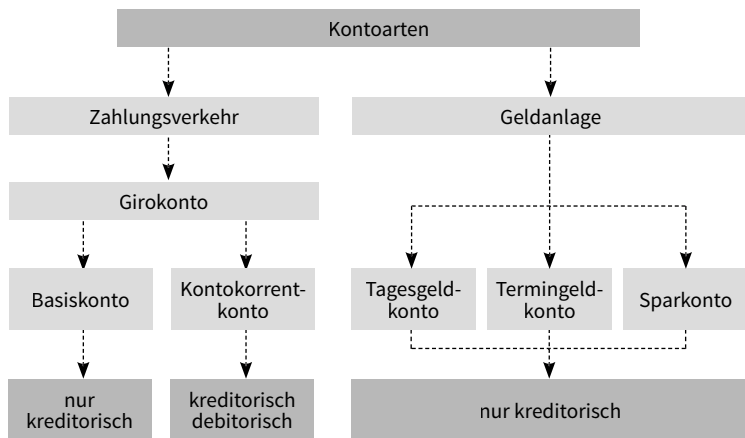
4.5	Tarifverträge .....	179
<b>5</b>	<b>Wirtschaftsordnung .....</b>	<b>181</b>
5.1	Grundlagen des Wirtschaftens.....	181
5.2	Soziale Marktwirtschaft .....	183
5.3	Markt und Marktgeschehen.....	183
5.4	Staatliche Eingriffe in die Preisbildung .....	186
5.5	Kooperation und Konzentration von Unternehmen .....	186
<b>6</b>	<b>Wirtschaftspolitik .....</b>	<b>188</b>
6.1	Konjunktur.....	188
6.2	Wirtschaftskreislauf.....	190
6.3	Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht gemäß Stabilitätsgesetz (StabG) .....	192
6.4	Angemessenes Wirtschaftswachstum .....	193
6.5	Hoher Beschäftigungsstand.....	194
6.6	Preisniveaustabilität .....	196
6.7	Mechanismen der Geldschöpfung .....	199
6.8	Außenwirtschaftliches Gleichgewicht .....	200
6.9	Leistungsbilanz .....	200
6.10	Geldpolitik des Systems der EZB.....	201
<b>E</b>	<b>Integrativer Prüfungsbereich: Instrumente der Steuerung und Kontrolle .....</b>	<b>205</b>
<b>1</b>	<b>Kosten- und Leistungsrechnung.....</b>	<b>205</b>
<b>2</b>	<b>Einflussfaktoren auf den Betriebserfolg .....</b>	<b>207</b>
2.1	Marktzinsmethode .....	207
2.2	Prozessorientierte Standard Einzelkostenrechnung (PSE).....	209
2.3	Gesamtbaukalkulation .....	210
<b>3</b>	<b>Geschäftsverbindungen bewerten und Konditionen gestalten ...</b>	<b>212</b>
3.1	Produktkalkulation im Aktivgeschäft .....	212
3.2	Produktkalkulation im Passivgeschäft .....	213
3.3	Kundenkalkulation .....	213
<b>4</b>	<b>Statistische Daten .....</b>	<b>213</b>
<b>5</b>	<b>Controlling.....</b>	<b>214</b>
	<b>Bildquellenverzeichnis.....</b>	<b>215</b>
	<b>Sachwortverzeichnis.....</b>	<b>216</b>

## A

### PRÜFUNGSBEREICH: KONTEN FÜHREN UND ANSCHAFFUNGEN FINANZIEREN

## 1 Liquidität sicherstellen

### 1.1 Kontoarten, -inhaber und -bezeichnung



- ▶ Ein kreditorisch geführtes Konto weist ein Guthaben aus. Der Kunde ist Kreditör (Gläubiger) der Bank.
- ▶ Ein debitorisch geführtes Konto weist eine Überziehung (Kreditgewährung) aus. Der Kunde ist Debitor (Schuldner) der Bank.
- ▶ Bei einem **Girokonto** handelt es sich um ein Standardprodukt von Kreditinstituten, das die von Kundinnen und Kunden erhaltenen Sichteinlagen verbucht, zur Abwicklung von Bankgeschäften und insbesondere dem bargeldlosen Zahlungsverkehr dient.
- ▶ Unter **Sichteinlagen** versteht man täglich fällige Gelder auf Girokonten.

Kontoinhaber		Kontobezeichnung
Natürliche Personen	Privatpersonen	→ bürgerlicher Name, d. h. Familienname und mindestens ein ausgeschriebener Vorname → Namenszusätze möglich
	Handwerker Freiberufler	
Juristische Personen	Eingetragener Verein (e. V.)	Name des Vereins lt. Eintragung im Vereinsregister
	Aktiengesellschaft (AG)	Firma lt. Eintragung im Handelsregister
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Einzelunternehmen	Eingetragener Kaufmann (e. K.)	Name der Gesellschaft lt. Eintragung im Partnerschaftsregister
Personenvereinigungen	Offene Handelsgesellschaft (OHG)	
	Kommanditgesellschaft (KG)	
	Partnerschaftsgesellschaft	Name der Gesellschaft lt. Eintragung im Partnerschaftsregister
	Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	Name der Gesellschaft

Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR; auch: BGB-Gesellschaft) ist nur dann **kontofähig**, d. h. rechtlich ermächtigt, ein Konto zu führen, wenn sie als Gesellschaft am Rechtsleben teilnimmt. Seit 2024 (MoPeG) kann sie sich zusätzlich ins Gesellschaftsregister eintragen lassen und ist dann eine rechtsfähige eingetragene Gesellschaft bürgerlichen Rechts (eGBR).

Die Kontobezeichnung muss unabhängig von der Anzahl der Kontoinhaber oder der Art des Kontos klar und eindeutig sein und damit die Kontoinhaber zweifelsfrei erkennen lassen.

## Kontokorrentkonto

- Bei einem Kontokorrentkonto handelt es sich um ein Girokonto, das zusätzlich einen Kontokorrentkredit bereitstellt. Es ist damit ein Konto in laufender Rechnung, d. h., die gegenseitigen Ansprüche und Leistungen (einschließlich Zins- und Zinseszinsen) von Kundinnen sowie Kunden und Kreditinstitut werden regelmäßig in einem Saldo (Rechnungsabschluss) aufgerechnet.

Ein Kontokorrentkonto weist folgende Merkmale auf:

- Mindestens ein Vertragspartner muss Kaufmann sein (= Kreditinstitut).
- Vertragspartner haben gegenseitige Geldforderungen (Guthaben und Überziehung).
- Kontokorrentabrede, d. h., gegenseitige Forderungen nebst Zinsen werden nur in Rechnung gestellt, ohne aber eine sofortige Zahlungspflicht auszulösen; erst durch den Rechnungsabschluss erfolgt eine Saldierung.
- Rechnungsabschluss nach AGB erfolgt nach Vereinbarung, meist aber am Quartalsende.
- Bis zum Rechnungsabschluss gelten Einzelsprüche als gestundet; der Tagessaldo besteht nur rechnerisch, ist aber kein rechtlicher Abschluss.
- Das Konto wird in Euro oder einer Fremdwährung (z. B. US-Dollar) geführt.

Ein Girokonto wird nach den AGB immer als Kontokorrentkonto geführt. Die Kündigungsfrist beträgt dabei mindestens zwei Monate für das Kreditinstitut. Kundinnen und Kunden können jedoch jederzeit ohne Einhaltung einer Frist kündigen, sofern keine Laufzeit- oder Kündigungsregelungen vereinbart wurden.

## Basiskonto

- ▶ Ein Basiskonto ist ein rein kreditorisch geführtes Girokonto mit grundlegenden Funktionen zur Teilnahme am Zahlungsverkehr und muss von Banken für alle Verbraucherinnen und Verbraucher angeboten werden.

Bei Eröffnung eines Basiskontos muss eine postalische Anschrift angegeben werden, unter der der Kontoinhaber erreichbar ist, z. B. Angehörige, Freunde, Beratungsstelle.

Die Eröffnung eines Basiskontos darf nur abgelehnt werden, wenn

- bereits ein anderes Zahlungskonto vorhanden ist,
- ein strafbares Verhalten gegenüber Beschäftigten des Kreditinstituts vorliegt oder
- aufgrund von Zahlungsverzug eine frühere Kontoverbindung gekündigt wurde.

Mit einem Basiskonto sind folgende Leistungen (im Rahmen des Guthabens) möglich:

- Geld einzahlen und abheben
- Lastschriften
- Überweisungen
- Zahlungskartengeschäfte

## Tagesgeld

- ▶ Bei einem Tagesgeldkonto (auch: Geldmarktkonto, Cash-Konto) handelt es sich um ein Girokonto, das zur verzinslichen Anlage von Geld dient, aber ohne Möglichkeit zur Teilnahme am Zahlungsverkehr.

Die Höhe der Verzinsung orientiert sich oftmals an bestimmten Größenklassen der Einlage (z. B. 5, 25, 50 TEUR). Für kleinere Beträge werden meist keine Zinsen gezahlt. Ähnlich wie bei einem gewöhnlichen Girokonto, erhalten Anleger in regelmäßigen Abständen einen Kontoauszug mit den jeweiligen Umsätzen sowie einen Rechnungsabschluss, der meist vierteljährlich erstellt wird.

Das Tagesgeldkonto ist mit einem Referenzkonto (Girokonto) der Kundschaft verknüpft, über das Einzahlungen jederzeit vorgenommen werden können. Ebenfalls kann jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist über das Guthaben verfügt werden, indem Überweisungen auf das Girokonto getätigt werden.

### Termineinlage

- Bei Termineinlagen handelt es sich um verzinsliche Einlagen mit einem vereinbarten Fälligkeitsdatum (= Festgeld) oder vereinbarter Kündigungsfrist (= Kündigungsgeld).

Motive für die Anlage von Termineinlagen sind u. a., wenn Gelder kurzfristig nicht benötigt werden, günstigere Anlagemöglichkeiten abgewartet werden sollen oder die Gelder für spätere Zahlungsverpflichtungen benötigt werden.

Vorzeitige Verfügungen sind nur mit Einverständnis des Kreditinstituts möglich und dann entweder mit reduziertem Zins für die kürzere Anlagedauer oder mit Vorfälligkeitsentgelt.

Die Laufzeit bei Festgeldern beträgt mindestens einen Monat und kann nach Ablauf verlängert (= Prolongation) werden. Die Zinsen werden am Ende der Laufzeit gutgeschrieben. Bei Kündigungsgeldern beträgt die Kündigungsfrist meist einen Monat mit variabler Verzinsung.

### Sparkonto

- Auf Sparkonten werden Spareinlagen i. S. der RechKredV verbucht und verzinst.

#### Spareinlagen

= Guthaben auf Sparkonten, das vom Sparer unbefristet zur Verfügung gestellt und während der Dauer der Überlassung verzinst wird. Spareinlagen weisen folgende Merkmale auf:

→ Urkundenausfertigung	Sparbuch
→ Vermögensbildung	Zweck ist die Ansammlung von Vermögen
→ Zahlungsverkehrsverbot	keine Verwendung zum Zwecke des Zahlungsverkehrs
→ Befristungsverbot	keine Befristung, außer bei Sondersparformen

Sparurkunden können als Sparbuch (gebunden oder Loseblatt) oder als Einzelsparurkunden (Sparzertifikate) ausgestellt werden. Zusätzlich sind Sparkarten möglich, mit denen über das Sparguthaben an Geldautomaten verfügt werden kann. Diese Sparkarten sind aber keine Sparurkunden im Sinne der RechKredV, sodass zusätzlich immer eine Sparurkunde aus gefertigt werden muss.

Rechtliche Merkmale einer Sparurkunde	
Beweis- und Schuldurkunde	Beweist das Bestehen einer Spareinlage und verbrieft ein Zahlungsverprechen des Kreditinstituts gegenüber der Kundschaft
Qualifiziertes Legitimationspapier	Kreditinstitut kann auf Legitimation der Sparurkunde vertrauen und ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, auf dieser Basis die versprochene Leistung an jeden Vorleger oder jede Vorlegerin mit befreiender Wirkung auszuführen.  Aber: Dies gilt nicht bei Verlust der Sparurkunde oder auffällig verdächtigem Verhalten des Vorlegers.
Hinkendes Inhaberpapier	Es besteht keine Verpflichtung zur Zahlung an den Inhaber oder die Inhaberin. Das Kreditinstitut kann die Legitimation des Vorlegers verlangen. Der Vorleger hat kein Recht auf Leistung ohne entsprechende Legitimation.

Weitere Merkmale einer Sparurkunde nach Auffassung der BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht):

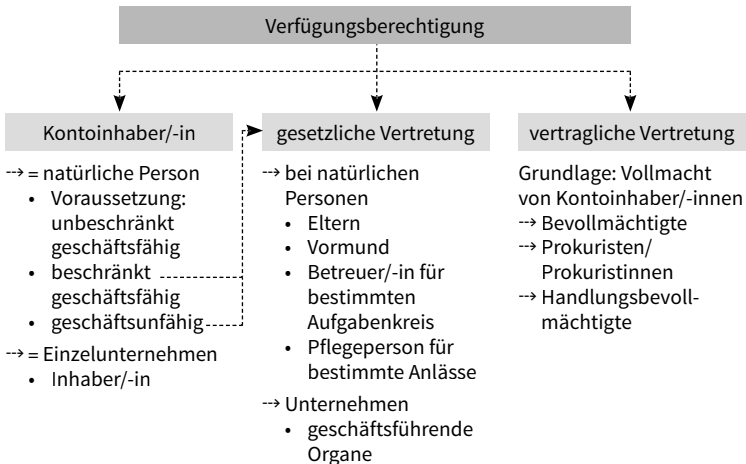
- Firmenbezeichnung des Kreditinstituts
- Name des Sparer/der Sparerin
- Kennzeichnung als Spareinlage
- Höhe des Sparguthabens, d. h. aktueller Kontostand
- Raum für Vermerke für Umsätze (Ein- und Auszahlungen, Zinsgutschriften)

Die **versprochene Leistung** einer Spareinlage umfasst

- den fälligen Betrag bei Kündigung nach Ablauf der Kündigungsfrist,
- den vereinbarten Freibetrag von 2.000,00 EUR bei nicht gekündigten Einlagen je Sparkonto und Kalendermonat,
- den Zinsbetrag innerhalb von zwei Monaten nach Gutschrift und
- die aufgelaufenen Zinsbeträge bei Auflösung der Spareinlage.

Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate und kann erst nach Eröffnung einer Spareinlage ausgesprochen werden (Befristungsverbot). Eine Verfügung ohne Kündigung ist oftmals möglich, Kreditinstitute verlangen in diesen Fällen aber ein Vorfälligkeitsentgelt oder Vorschusszinsen.

## 1.2 Verfügungsberechtigung über Konten



### Konten für Minderjährige

- Bei geschäftsunfähigen oder beschränkt geschäftsfähigen Kundinnen und Kunden (= Minderjährige) wirken bei Eröffnung, Führung sowie Kündigung von Konten die gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter mit.

Die gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter von Minderjährigen sind im Regelfall die **Eltern**. Die **elterliche Sorge** umfasst sowohl die Personensorge (Wohl des Kindes) als auch die Vermögenssorge und beinhaltet sowohl Rechte als auch Pflichten.

Die Eltern üben die Vertretung grundsätzlich gemeinsam (Gesamtvertretung) aus, unabhängig davon, ob sie zusammen bzw. getrennt leben oder geschieden sind. Bei nicht verheirateten Eltern übt die Mutter das Alleinsorgerecht aus (Nachweis durch eine Negativerklärung des Jugendamtes), sofern keine gemeinsame Sorgeerklärung durch beide Elternteile abgegeben wurde.

Eine **Einzelvertretung** ist in folgenden Fällen möglich:

- Ein Elternteil wurde vom anderen bevollmächtigt.
- Ein Elternteil ist tot, minderjährig oder geschäftsunfähig.
- Ein Elternteil ist verhindert (z. B. durch Krankheit, längere Abwesenheit).
- Das Familiengericht hat einem Elternteil das Alleinsorgerecht übertragen.



Das Familiengericht kann einen **Vormund** bestellen, der die Rechte und Pflichten aus der elterlichen Sorge für das Kind (= Mündel) übernimmt. Er weist sich durch eine Bestallungsurkunde aus. Für Mündelkonten gelten besondere Vorschriften, u. a.:

- Trennung von Vermögen des Mündels und des Vormunds (nicht als Treuhandkonto möglich)
- Geldanlage verzinslich, mündelsicher und nur mit Genehmigung des Familiengerichts
- Geldanlage muss einen Sperrvermerk enthalten.
- Verfügungen sind nur mit Genehmigung des Familiengerichts möglich.

### Besonderheiten bei Konten für beschränkt Geschäftsfähige

- Kontoeröffnung durch die gesetzlichen Vertreter/-innen oder die minderjährige Person mit Zustimmung der gesetzlichen Vertreter/-innen (Praxis: Beide Eltern unterschreiben auf dem Kontoeröffnungsantrag.)
- Nutzung und Verfügungen durch die gesetzlichen Vertreter/-innen, einen von ihnen Bevollmächtigten, die minderjährige Person mit Zustimmung der gesetzlichen Vertretung oder die minderjährige Person im Rahmen der erweiterten Geschäftsfähigkeit
- Kontokündigung durch die gesetzlichen Vertreter/-innen oder die minderjährige Person mit Zustimmung der gesetzlichen Vertretung

### Erweiterung der beschränkten Geschäftsfähigkeit

Die Geschäftsfähigkeit einer minderjährigen Person kann erweitert werden, sodass sie als voll geschäftsfähig gilt und alle damit zusammenhängenden und entstehenden Handlungen eigenständig vornehmen darf. Dies gilt, sofern die minderjährige Person

- mit Zustimmung der gesetzlichen Vertretung und Genehmigung des Familiengerichts ein selbstständiges Erwerbsgeschäft betreibt (= Handelsmündigkeit) oder
- mit Zustimmung der gesetzlichen Vertreter/-innen in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis steht (= Arbeitsmündigkeit).

► Eine **Kontovollmacht** berechtigt die bevollmächtigte Person, im Namen der Kontoinhaberin oder des Kontoinhabers Willenserklärungen abzugeben, die diese berechtigt und verpflichtet.

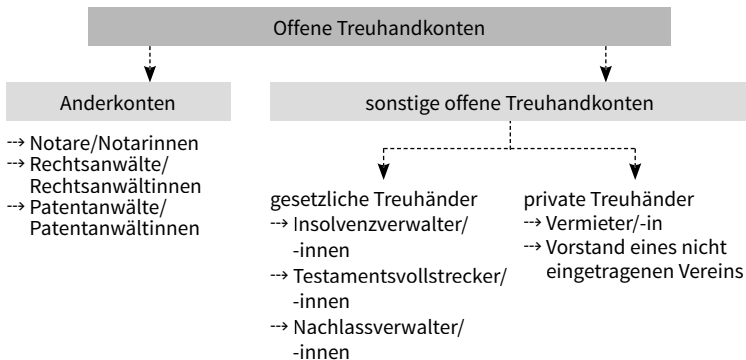
Die Vollmacht kann im Außenverhältnis bekannt gemacht oder nur im Innenverhältnis erklärt werden. Im letzteren Fall muss die bevollmächtigte Person bei jeder Handlung eine Vollmachtsurkunde vorlegen.

Eine Vollmacht kann für Bankkonten einmalig oder dauerhaft eingerichtet werden. Im letzten Fall nehmen Kreditinstitute die Vollmacht meist zu den Unterlagen.

## Treuhandkonto

- Auf einem Treuhandkonto werden Vermögenswerte verwaltet, die der Kontoinhaberin oder dem Kontoinhaber wirtschaftlich nicht gehören. Das Konto wird im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung geführt.

Bei offenen Treuhandkonten muss aus der Kontobezeichnung das Treuhandverhältnis erkennbar sein, z. B. „Müller OHG, Mietkautionskonto Karl Kneft“, „Notar Deniz Eroglu, Notar-Anderkonto“, „Gabriele Klein, Nachlassverwaltung Henriette Gabler“.



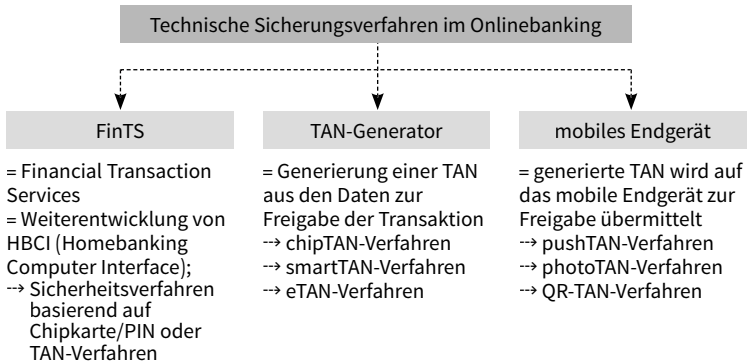
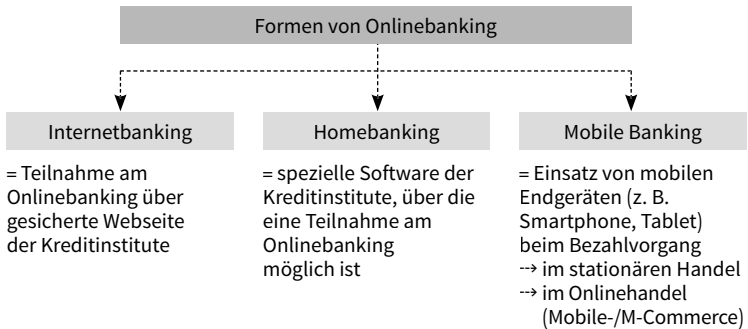
Anderkonten unterliegen einer besonderen Standesaufsicht und es gelten spezielle Anderkontenbedingungen (AKB). Kontovollmachten über diese Konten dürfen nur an Personen vergeben werden, die selbst ein Anderkonto führen dürfen. Außerdem verzichten Kreditinstitute auf die Rechte der Aufrechnung mit anderen Forderungen und Verbindlichkeiten sowie auf Pfand und Zurückbehaltung.

Bei verdeckten Treuhandkonten ist das Treuhandverhältnis nicht ersichtlich, da das Konto auf den Namen des Treuhänders ohne jeglichen Zusatz lautet. Solche Konten werden von Banken grundsätzlich wie Eigenkonten behandelt.

## 1.3 Onlinebanking

Für die Teilnahme am Onlinebanking müssen u. a. folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Girokontovertrag
- Annahme der Sonderbedingungen für das Onlinebanking
- technische Ausstattung der Kundschaft
- Authentifizierung der Kundin oder des Kunden bei Transaktionen (z. B. PIN, TAN, biometrische Merkmale)



Seit Umsetzung der PSD2-Richtlinie muss die **Zweifaktoridentifizierung** realisiert werden. Dabei sind mindestens zwei starke Authentifizierungsmerkmale zu verwenden:

- Wissen, z. B. PIN oder TAN
- Besitz, z. B. Bankkarte, App zur Generierung von Einmalkennwörtern
- Inhärenz (biometrische Merkmale), z. B. Fingerabdruck, menschliche Stimme

Ausnahmen von dieser starken Authentifizierung (= SCA: strong customer authentication) bestehen nur für folgende Fälle:

- Zahlungen mit geringem Betrugsrisiko
- Kleinstbeträge unter 30,00 EUR, solange deren Summe unter 100,00 EUR liegt
- wiederkehrende Zahlungen (z. B. Abos)
- von Kundinnen und Kunden als vertrauenswürdig eingestufte Empfänger/-innen (= Whitelisting)
- sichere Unternehmenszahlungen (B2B-Transaktionen; secure corporate payment)

Zu den **Sorgfaltspflichten** der Kundinnen und Kunden gehören u. a.:

- Schutz der Zugangs- bzw. Authentifizierungsdaten vor unbefugten Dritten
- Trennung von mobilem Endgerät für den Empfang der Freischaltdaten (z. B. TAN) und Durchführung der Transaktionen
- Bei Verdacht auf kriminelle Handlung oder Missbrauch des eigenen Onlinebankings entsprechende Verhaltensweisen nutzen, z. B. Verständigung der Bank, der Polizei, keine Weitergabe von Zugangsdaten usw.

Unternehmen nehmen am Onlinebanking mittels EBICS (Electronic Banking Internet Communication Standard) teil. Ein individueller, digitaler Sicherheitsschlüssel ermöglicht zusammen mit einem Onlinebanking-Programm Verfügungen. Der Schlüssel speichert zudem die Art der Berechtigung, z. B. Vier-Augen-Prinzip, Verfügungsberechtigte, usw.

#### Vorteile von Onlinebanking

##### Kundschaft

- Durchführung von Transaktionen jederzeit möglich
- Abruf von Kontodaten jederzeit möglich
- Zeitersparnis für Wege zum Kreditinstitut, Parkplatzsuche usw.
- (meist) geringere Kontoführungsgebühren

##### Kreditinstitute

- Einsparung von Sach- und Personalkosten, wenn Bankleistungen zur Kundschaft verlagert werden
- eingesparte Zeit kann für andere Tätigkeiten (Beratung) verwendet werden

#### Nachteile von Onlinebanking

##### Kundschaft

- keine Beratung durch Kreditinstitut (direkter Mitarbeiterkontakt fehlt)
- Sicherheitsrisiken durch Phishing usw.
- technische Überforderung des Kunden
- zusätzliche Kosten für Technikausstattung
- Gefahr von Datenverlust

##### Kreditinstitute

- Verlust bzw. Einschränkung des Kundenkontakts
- starke Kundenfluktuation durch Kostenvergleich von Onlinebanking, ohne dass andere Bankleistungen entsprechend gewürdigt werden
- hohe Anforderungen an die Bereitstellung der IT-Struktur

## 1.4 Inlandszahlungsverkehr

### 1.4.1 Barzahlung

- ▶ Zum **Bargeld** zählen in Umlauf befindliche Banknoten und Münzen, die als gesetzliches Zahlungsmittel uneingeschränkt von jedermann angenommen werden müssen.

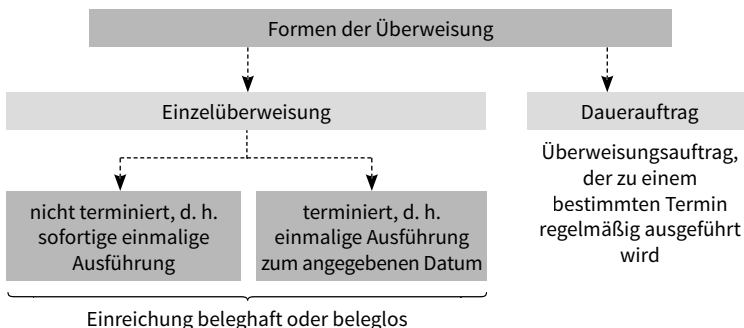
Bei einer Barzahlung tauschen Schuldner und Gläubiger den vereinbarten Bargeldbetrag formlos durch Einigung und Übergabe aus. Die Annahme von mehr als 50 Münzen kann durch die Empfängerin oder den Empfänger abgelehnt werden.

Handlungsempfehlungen	
Beschädigtes Geld	<p>→ Bundesbank leistet Ersatz bei Vorlage von mindestens 50 % der Banknote oder weniger bei Nachweis der Vernichtung der fehlenden Teile der Banknote.</p> <p>→ Mutwillig beschädigte Münzen werden im Regelfall durch die Bundesbank nicht ersetzt.</p>
Falschgeld	<p>→ = nachgemachte oder verfälschte Banknoten (= Falsifikate)</p> <p>→ Kreditinstitute sind zum Einzug des Falschgeldes verpflichtet.</p> <p>→ Kundschaft erhält eine Empfangsbestätigung.</p> <p>→ Falschgeld wird an die Polizei übergeben.</p> <p>→ Verdächtiges Bargeld ist der Bundesbank zur Prüfung vorzulegen.</p>

### 1.4.2 Überweisung

Zu den rechtlichen Grundlagen beim Überweisungsverkehr zählen u. a.:

- EU-Zahlungsdiensterichtlinie PSD I und PSD II und die Umsetzungen in nationales Recht (BGB)
- Bedingungen für den Überweisungsverkehr
- Abkommen zum Überweisungsverkehr
- SEPA Credit Transfer Rulebook (SCT-Rulebook)



Der **Zugang** eines Überweisungsauftrages beim Kreditinstitut ist an dem Geschäftstag, an dem er vollständig eingeht (z. B. Abgabe in den Geschäftsräumen, Übermittlung auf den Onlinebanking-Server). Handelt es sich dabei um keinen Geschäftstag, geht der Auftrag erst am folgenden Geschäftstag zu. Ein **Widerruf** (schriftlich oder elektronisch) ist nur bis zum Zugang möglich.

Ausführungsfrist = gesetzlich vorgeschriebene Zeitspanne zwischen Zugang und Eingangstag beim Kreditinstitut der Zahlungsempfängerin oder des Zahlungsempfängers			
Beteiligte Länder	Währung	Art	Ausführungsfrist
→ innerhalb Deutschlands	EUR	beleglos	max. ein Geschäftstag
		beleghaft	max. zwei Geschäftstage
→ Staaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR)	europäische Währung	beleglos + beleghaft	max. vier Geschäftstage
	Drittstaatenwährung	beleglos + beleghaft	baldmöglichst
→ außerhalb des EWR (Drittstaaten)	alle Währungen	beleglos + beleghaft	baldmöglichst

Für die neu eingeführte Sofortüberweisung liegt die Ausführungszeit bei maximal 10 Sekunden. Kunden haften, wenn sie im Rahmen der Empfängerüberprüfung (= Verification of Payee) trotz Warnung den falschen Empfänger auswählen.

Das **Kreditinstitut haftet** für nicht autorisierte, fehlende oder fehlerhafte Ausführung und muss den Überweisungsbetrag unverzüglich und vollständig erstatten. Bei verspäteter Ausführung ist das Institut des Zahlungsempfängers oder der Zahlungsempfängerin auf Wunsch der zahlungspflichtigen Person zu benachrichtigen, damit die Wertstellung der Gutschrift korrigiert wird.

Der **Kunde haftet** im Falle der missbräuchlichen Verwendung der PIN und/oder TAN, sofern ihm Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorgeworfen werden kann. Bei einfacher Fahrlässigkeit ist die Haftung auf maximal 50,00 EUR beschränkt (PSD II).

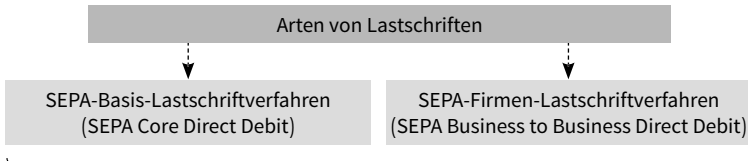
Das Kreditinstitut der zahlungspflichtigen Person kann einen **Überweisungsrückruf** initiieren, wenn eine Doppelausführung, ein Betrug oder eine fehlerhafte Ausführung aufgrund eines technischen Problems vorliegt.

### 1.4.3 Lastschrift

Die rechtlichen Grundlagen finden sich u. a. in:

- EU-Zahlungsdiensterichtlinie PSD I und II sowie Umsetzung in nationales Recht
- SEPA Credit Transfer Scheme Rulebook

- SEPA Core Direct Debit Scheme Rulebook
- SEPA Business to Business Direct Debit Scheme Rulebook
- Abkommen über den Lastschriftverkehr (zwischen Zahlstelle und erster Inkassostelle)
- Bedingungen für Zahlungen mittels Lastschrift im SEPA-Basis-Lastschriftverfahren bzw. SEPA-Firmen-Lastschriftverfahren (zwischen Zahlstelle und zahlungspflichtiger Person)
- Inkassovereinbarung (zwischen erster Inkassostelle und Zahlungsempfänger/-in)



Der Lastschufteinzug muss der zahlungspflichtigen Person im Rahmen einer Vorabinformation (Pre-Notification) von der Zahlungsempfängerin/vom Zahlungsempfänger unter Angabe der Gläubiger-ID und der Mandatsreferenz spätestens 14 Kalendertage vor Fälligkeit angekündigt werden. Eine kürzere Frist kann vereinbart werden.

## SEPA-Basislastschrift

Bei der SEPA-Basislastschrift muss die Lastschrift so rechtzeitig zum Einzug weitergeleitet werden, dass die Transaktions- und Mandatsdaten mindestens einen Geschäftstag (TARGET-Tag) vor Fälligkeit in elektronischer Form dem Kreditinstitut der zahlungspflichtigen Person vorliegen.

### Kernmerkmale

- Anwendung für Verbraucher/-innen und Unternehmen
- vorgegebenes Fälligkeitsdatum (Due Date)
- Verwendung eines einheitlichen Lastschriftmandatstextes (Autorisierung) und Vergabe einer Mandatsreferenz
- Angabe der Gläubiger-Identifikationsnummer (Creditor Identifier)
- Die Standard-Vorlagefrist (Fälligkeitstag – einen Tag) gilt einheitlich für alle SEPA-Basislastschriften, d. h. für Erst- und Folgelastschriften sowie für einmalige Lastschriften.

### Rückgabe

- seitens der Zahlstelle bis maximal fünf Geschäftstage nach dem Belastungsdatum, z. B. bei fehlender Kontodeckung
- von der zahlungspflichtigen Person bis zu acht Wochen nach Belastungsdatum im Falle einer autorisierten Zahlung

→ von der zahlungspflichtigen Person bis zu 13 Monate nach Kontobelastung und Kenntnis durch den Kunden im Falle einer nicht autorisierten Zahlung

Kreditinstitute bieten den zahlungspflichtigen Personen folgende Möglichkeiten von **Lastschriftsperrn** an:

- Begrenzung von Lastschrifteinzügen auf einen bestimmten Betrag
- Begrenzung von Lastschrifteinzügen auf eine bestimmte Periodizität (z. B. Monat, Vierteljahr)
- Blockierung sämtlicher Lastschriften auf das Zahlungskonto der zahlungspflichtigen Person
- Blockierung sämtlicher von einem oder mehreren genannten Zahlungsempfängern/Zahlungsempfängerinnen veranlasste Lastschriften (Negativeinträge)
- Autorisierung sämtlicher Lastschriften lediglich von einem oder mehreren genannten Zahlungsempfängern (Positiveinträge)

## **SEPA-Firmenlastschrift**

### **Kernmerkmale**

- Anwendung nur für Unternehmen
- vorgegebenes Fälligkeitsdatum der Lastschrift (Due Date)
- Lastschriftmandat muss der Zahlstelle gegenüber von der zahlungspflichtigen Person bestätigt werden
- Verwendung eines einheitlichen Lastschriftmandatstextes (Autorisierung) und Freigabe des Mandats bei der Zahlstelle
- Vergabe einer Mandatsreferenz
- Angabe der Gläubiger-Identifikationsnummer (Creditor Identifier)
- Vorlagefrist mindestens ein Geschäftstag vor Fälligkeit

### **Rückgabe**

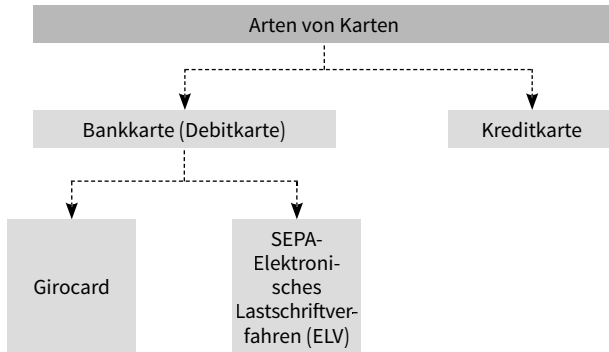
- seitens der Zahlstelle bis maximal drei Tage nach dem Belastungsdatum, z. B. bei fehlender Kontodeckung bzw. Mandatsreferenz
- Von zahlungspflichtigen Personen besteht keine Widerspruchsmöglichkeit bei autorisierten Zahlungen.

## **1.4.4 Bank- und Kreditkarten**

Zu den **rechtlichen Grundlagen** gehören u. a.:

- Girokontovertrag
- allgemeine Vereinbarungen über die Kartennutzung





Merkmale von Karten			
Karte	Girocard*	SEPA-ELV	Kreditkarte
Legitimation	PIN	Unterschrift	Unterschrift PIN
Zahlungsgarantie	ja	nein	ja
Sperrabfrage	ja	nein	betragsabhängig
Limit (pro Tag)	je nach Bank, meist 2.000,00 EUR	nein	kartenindividuell

\* Bei kontaktlosen Zahlungen bis zu 50,00 EUR ist im Regelfall keine PIN-Eingabe erforderlich.

Die einzelnen Institutsgruppen (Sparkassen, Genossenschaftsbanken usw.) geben eigene **Bankkarten** heraus, die neben einem bargeldlosen, kartengestützten Zahlungsverkehr auch verschiedene Serviceleistungen der Kreditinstitute anbieten.

Viele Bankkarten werden als Co-Badge-Karte herausgegeben und bieten damit ein weiteres Zahlungssystem in Kooperation mit z. B. Mastercard (Debit Mastercard) oder Visa (V Pay und Visa Debit) an. Damit wird die Kartenfunktion insbesondere um Einsatzmöglichkeiten im Ausland erweitert.

Die **Bankkarte** bietet eine Fülle von Funktionen an:

→ Bargeldversorgung an Automaten

- national mit PIN
- international mit PIN über Maestro® (nur noch bis zum Ablauf der Karte), V Pay oder Visa Debit

## Bildquellenverzeichnis

**BC GmbH Verlags- und Medien-, Forschungs- und Beratungsgesellschaft, Ingelheim:** 163.1, 163.2, 163.3, 163.4, 163.5.

**Bundesverband Brandschutz-Fachbetriebe e.V. (bvbf), Berlin:** 166.1.

**Picture-Alliance GmbH, Frankfurt a.M.:** dpa-infografik 111.1, 179.1, 192.1, 192.2, 192.3, 192.4, 192.5, 197.1; dpa-infografik GmbH 26.1.

**stock.adobe.com, Dublin:** Lund, Jacob Titel, Titel.

**YPS - York Publishing Solutions Pvt. Ltd.:** 46.1, 50.1, 52.1, 62.1, 64.1, 67.1, 76.1, 84.1, 86.1, 132.1, 151.1, 152.1, 184.1.

# Sachwortverzeichnis

## A

Abgabenordnung 53  
 Abgeltungssteuer 103  
 Abschreibung 142  
 Abschwung (Rezession, Rückgang) 189  
 abstrakte Sicherheit 143  
 Abzahlungsdarlehen 119, 125  
 AGB 160  
 AGB-Pfandrecht 82  
 Aktie 87, 90  
 Aktien 97  
 Aktienanleihe 87, 94  
 Aktiengesellschaft 136  
 Aktivgeschäft 212  
 aktivisch geführtes Konto 207  
 akzessorisch 143  
 akzessorische Sicherheit 143  
 Allgemeine Geschäftsbedingungen 56  
 Allgemeinverbindlichkeit 180  
 Altersversorgung 113  
 Anderkonten 18  
 Anderkonto 18  
 Anfechtbarkeit 154  
 Anfrage 155  
 Angebot 155, 183, 185  
 Angebotslücke 186  
 Angebotsüberhang 185  
 Anlagendeckungsgrad 141  
 Anlegerschutz 59  
 Anleihe 87  
 Annuitätendarlehen 119, 125  
 Anpreisung 155

Ansparphase 68  
 Ansprechpartner (Notfälle) 163  
 Anstieg 188  
 Arbeitgeberverbände 179  
 Arbeitnehmersparzulage 70  
 Arbeitsgemeinschaft 187  
 Arbeitskampf 180  
 Arbeitslosenversicherung 112  
 Arbeitslosigkeit 194, 195  
 Arbeitsschutz 163  
 Arbeitssicherheit 163  
 Arbeitsvertrag 170  
 Arbeitszeitgesetz 172  
 Arbeitszeugnis 173  
 Auflassung 121  
 Auflassungsvormerkung 127  
 Aufschwung 188, 189  
 Aufwand 205  
 Auktion 99  
 Ausbildungsordnung 169  
 Ausführungsfrist 22  
 Auskunftsanspruch 58  
 Ausländer 55  
 Außenfinanzierung 137  
 außenwirtschaftliches 192  
 Außenwirtschaftliches Gleichgewicht 200  
 außerordentliche Kündigung 173  
 Aussperrung 180  
 Avalkredit 139

## B

Bankauskunft 58  
 Bankbürgschaft 139

Bankenorderscheck 43  
 Bankgarantie 139  
 Bankgeheimnis 58  
 Bankkarte 25  
 Bargeld 20  
 Barzahlung 20  
 Basiskonto 13  
 Basisrisiken 97  
 Baukosten 120  
 Bausparsumme 67  
 Bausparvertrag 131  
 Bausparverträge 66  
 Bedarf 182  
 Bedürfnis 181  
 Beitragsbemessungsgrenze 113  
 Beileihungsauslauf 122  
 Beileihungsgrenze 122  
 Beileihungswert 122  
 Berufsausbildungsvertrag 170  
 Berufsschule 169  
 Berufsunfähigkeitsversicherung 116  
 beschädigtes Geld 21  
 Beschäftigungsgrad 192  
 Beschäftigungsstand 194  
 beschränkt geschäftsfähig 150  
 beschränkt Geschäftsfähige 17  
 Besitz 152  
 Besitzkonstitut 145  
 Besitzkonstituts 81  
 Besteuerung 69  
 Beteiligungsfinanzierung 137  
 betriebliche Gesundheitsförderung 163

- betriebliche Mitbestimmung 177  
 betriebsbedingter Aufwand 205  
 Betriebsbereich 206, 209  
 Betriebserfolg 207  
 Betriebsergebnis 205  
 Betriebserlös 206  
 Betriebskosten 206  
 Betriebsleistung 206  
 Betriebsrat 177  
 Betriebsvereinbarung 178  
 Betriebsversammlung 178  
 Bevollmächtigte 33  
 Bezugsrecht 91  
 Bindung (Angebot) 155  
 Bonitätsrisiko 97  
 Bookbuilding-Verfahren 92  
 Boom 188  
 Börsenindizes 96  
 Bote 151  
 Brandschutz 165  
 Briefkurs 42  
 Bruttobedarfsspanne 211  
 Bruttoertragsspanne 211  
 Bruttozinsspanne 210  
 Buchführung 205  
 Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz 172  
 Bundesurlaubsgesetz 172  
 bürgerlicher Kauf 156  
 Bürgschaft 79, 143
- C**
- Call 106  
 Cash-flow 141  
 Cash-Konto 13  
 Chartanalyse 97  
 CIF 47  
 Controlling 214
- Cost-Averaging 94  
 Courtage 100
- D**
- Darlehensphase 68  
 Darlehensvertrag 126  
 Datenschutz 62  
 Datensicherheit 62  
 Dauerauftrag 21  
 Debitkarte 25  
 Debitorenziel 141  
 Deckungsbeitrag 212  
 Deckungsbeitrags 213  
 Deflation 198, 199  
 Depression 189  
 Devisen 41  
 Devisenkassageschäft 44  
 Devisentermingeschäft 44  
 Dienstbarkeit 127, 128  
 Dispositionskredit 29, 76  
 Dividende 104  
 Dividendenrendite 98  
 dokumentäre Zahlung 48  
 Dokumente 48  
 Dokumentenakkreditiv 51  
 Dokumenteninkasso gegen Zahlung 50  
 Drei-Schichten-Modell 113  
 Drittschuldner 146  
 Drittschuldners 146  
 duale Ausbildung 169
- E**
- Effekten 87  
 effektiver Jahreszins 61  
 Eigenfinanzierung 120, 137  
 Eigenkapitalquote 141  
 Eigenkapitalrentabilität 141  
 Eigenmittel 120  
 Eigentum 152
- Eigentümergrundschild 131  
 Eigentumsübertragung 121  
 Eigentumsverhältnisse 127  
 Eigentumsvorbehalt 157  
 Einflussfaktoren (Kursbildung) 99  
 eingeräumter Dispositionskredit 29  
 Einigungsstelle 178  
 Einkommen 191  
 Einkommensteuer 174  
 Einlagenfazilität 203  
 Einlagensicherung 59  
 Einnahmen aus Kapitalvermögen 103  
 Einzelkonto 31  
 Einzelunternehmen 133  
 Einzelunternehmung 134  
 Einzelvertretung 33  
 Einzelzession 146  
 elektronische Form 153  
 Emission 92  
 Emittent 88  
 Entgeltabrechnung 175  
 Entsorgungszeichen 167  
 Erfolg 205  
 Erfolgsanalyse 140  
 Erfüllungsgeschäft 156  
 Erfüllungsort 157  
 Erfüllungstag 101  
 Erlöse 205  
 Erträge 205  
 Ertragswertverfahren 123  
 erweiterte beschränkte Geschäftsfähigkeit 151  
 Erweiterung der beschränkten Geschäftsfähigkeit 17  
 ewige Anleihe 89

## F

Falschgeld 21  
 Fernabsatzgeschäft 62  
 Fernabsatzvertrag 162  
 Festdarlehen 119, 125  
 feste Wechselkurse 200  
 Festpreisgeschäft 108  
 Festzins 125  
 fiduziarische Sicherheit 143  
 Financial-Leasing 78  
 Finanzderivat 105  
 Finanzierungsanlässe 76, 119  
 Finanzierungsarten 137  
 Finanzierungsbedarf 77, 120  
 Finanzierungskosten 120  
 Finanzierungsplan 120  
 Finanzmärkte 98  
 Fiskalpolitik 190  
 Floating Rate Notes 88  
 FOB 47  
 fortlaufender Handel 100  
 Freibetrag 176  
 Freibeträge 176  
 freie Wechselkurse 200  
 Freistellungsauftrag 70, 104  
 Freiverkehr 109  
 Fremdfinanzierung 120, 137  
 Fremdwährungskonto 44  
 friktionelle Arbeitslosigkeit 194  
 fundamentale Chartanalyse 97  
 Fusion 188  
 Future 44  
 Futures 107

## G

geduldeter Überziehungskredit 29  
 Geldkurs 42  
 Geldleihe 126  
 Geldmarkt 98  
 Geldmarktkonto 13  
 Geldmengenbegriff 201  
 Geldpolitik 190, 201  
 geldpolitische Instrumente 202  
 Geldschöpfung 199  
 Geldschöpfungsmultiplikator 200  
 Geldschulden 157  
 Geldwäschegesetz 54  
 Gemeinlastprinzip 168  
 Gemeinschaftskonto 31  
 gerichtliches Mahnverfahren 83  
 Gerichtsstand 157  
 Gesamtbankkalkulation 210  
 gesamtschuldnerische Haftung 134  
 Gesamtvertretung 33  
 gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht 192  
 Geschäftsfähigkeit 32, 150  
 Geschäftsunfähig 150  
 geschlossenen Depot 101  
 Gesellschaft mit beschränkter Haftung 136  
 gesetzlicher Vertreter 33  
 Gesundheitsschutz 163  
 Gewerkschaft 179  
 Girokonto 11  
 Gleichgewichtspreis 185  
 Globalzession 146  
 Grundbuch 126

Grundkosten 205

Grundpfandrecht 128  
 Grundschuld 128, 130, 143

Grundstückskosten 119

## H

Handelsbilanz 201  
 Handelsergebnis 211  
 Handelskauf 156  
 Handelsrechnung 49  
 Handelstag 101  
 Handlungsvollmacht 34  
 harmonisierter Verbraucherpreisindex 197  
 Haushaltsprinzip 182  
 Haustürgeschäft 162  
 Hochkonjunktur 188  
 Höchstbetragsbürgschaft 143  
 Holschulden 157  
 Homebanking 19

## I

Identifizierung 54  
 Identitätsfeststellung 35  
 Incoterms 46  
 Indikator 188  
 Individualisierung 145  
 Inflation 198  
 Inkassoauftrag 51  
 Inländer 55  
 Inlandsprodukt 193  
 Innenfinanzierung 137  
 Insider 109  
 Insidergeschäft 109  
 Interessensgemeinschaft 187  
 Internetbanking 19  
 Investitionsanlässe 136  
 Investmentzertifikat 87, 92

**J**

Jugendarbeitsschutz 174  
 Jugendarbeitsschutzge-  
 setz 172  
 Jugend- und Auszubilden-  
 denvertretung 178

**K**

kalkulatorische Kosten  
 206  
 Kapitalerhöhung 91  
 Kapitalertragsteuer 69  
 Kapitalgesellschaft 133  
 Kapitallebensversicherung  
 116  
 Kapitalmarkt 98  
 Kartell 187  
 Kaufkraft 196  
 Kaufvertrag 121, 155  
 Kirchensteuer 69  
 Klageverfahren 84  
 Kommanditgesellschaft  
 135  
 Kommissionsgeschäft 108  
 Konditionenbeitrag 207  
 Konditionenbeitrag  
 (passivisch) 207  
 Konjunktur 188  
 konjunkturelle Arbeitslo-  
 sigkeit 194  
 Konjunkturindikator 189  
 Konjunkturpolitik 190  
 Konnossement 48  
 Konsumausgaben 191  
 Konsumentenkredit 75  
 Kontenwahrheit 53  
 Kontoarten 11  
 Kontobezeichnung 12  
 Kontofähigkeit 32  
 Kontoführung bei Tod 38  
 Kontoinhaber 12  
 Kontokorrentkonto 12

Kontokorrentkontos 36  
 Kontokorrentkredit 28,  
 137  
 Kontoverfügung 31  
 Kontovertrag 55  
 Kontovollmacht 17  
 Kontovollmachten 40  
 Konzentration 186, 188  
 Konzern 188  
 Kooperation 186, 187  
 Kosten 205  
 Kosten- und Leistungs-  
 rechnung 205  
 Krankenversicherung 110  
 Kreditentscheidung 125  
 Kreditfähigkeit 30, 128  
 Kreditfinanzierung 137  
 Kreditkarte 25  
 Kreditorenziel 141  
 Kreditsicherheit 143  
 Kreditüberwachung 82  
 Kreditwürdig 30  
 Kreditwürdigkeit 129, 140,  
 142  
 Kreditwürdigkeitsprüfung  
 75  
 Kundenkalkulation 213  
 Kundenziel 141  
 Kündigung 132, 170  
 Kündigungsschutzgesetz  
 172  
 Kupon-Anleihe 88  
 Kursbildung 99  
 Kurs-Gewinn-Verhältnis 98  
 Kursnotierung 95  
 Kursrisiken 44  
 Kurswert 100

**L**

Lasten 127  
 Lastschrift 22, 43  
 Leasing 78

Lebensversicherung 131  
 Legitimationsprüfung 35  
 Leistungsbilanz 200  
 Lenkungsfunktionen 183  
 Lieferantenkredit 138  
 Lieferantenziel 141  
 Limit-Order 108  
 Liquidität 11, 64  
 Lohnsteuerklasse 175  
 Lösungsvermerk 128

**M**

Mahnung 160  
 Market-Order 108  
 Markt 183  
 Marktformen 184  
 marktkonforme  
 Maßnahmen 186  
 marktkonträre Maßnah-  
 men 186  
 Marktzinsmethode 207  
 Maximalprinzip 182  
 Mengenkurs 42  
 Mengentender 202  
 Minderjähriger 16  
 Mindestreserve 202, 203  
 Minimalprinzip 182  
 Mitbestimmung 177  
 Mobile Banking 19  
 Monopol 184  
 mündelsicher 89  
 Mutterschutzgesetz 172

**N**

Nachfrage 182, 183, 185  
 Nachfragerücklage 185  
 Nachfrageüberhang 186  
 Nachhaltigkeit 182  
 Nachlasskonto 38  
 Nachlasspfleger 39  
 Nachlassverwalter 39  
 Nachweispflicht 171

Nennbetragsaktie 90  
Nettogewinnspanne 211  
Nichtigkeit 153  
Nicht-Rechtzeitig-Zahlung 159  
Nichtveranlagungsbescheinigung 70  
Nichtveranlagungs-Bescheinigung 104  
nominales Bruttoinlandsprodukt 193  
notarielle Beurkundung 153  
Notfallplan 163  
notleidender Kredit 83  
Null-Kupon-Anleihe 88

**O**

objektives Recht 149  
Obliegenheit 118  
Obligation 87  
ODER-Konto 31  
offene Handelsgesellschaft 135  
offener Immobilienfonds 93  
offenes Depot 101  
offene Zession 146  
Offenmarktgeschäft 202  
öffentliche Beglaubigung 153  
ökonomisches Prinzip 182  
Oligopol 184  
Onlinebanking 18  
Open Market 109  
Operate-Leasing 78  
operatives Controlling 214  
Option 105  
Optionsprämie 105  
Optionspreis 105  
ordentliche Kündigung 172

Overhead-Kosten 212, 213

**P**

Partnerschaftsgesellschaft 134  
Partnerschaftsgesellschaften 133  
Passivgeschäft 213  
personenbezogene Daten 62  
Personengesellschaft 133  
Personenhandelsgesellschaften 133  
Pfandrecht 147  
Pfandreife 147  
Pfändungsschutzkonto 41  
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss 40  
Pflegeversicherung 111  
Polypol 184  
Preisaushang 57  
Preisbildung 186  
Preiselastizität 186  
Preisniveaustabilität 196  
Preisobergrenze 213  
Preis- und Leistungsverzeichnis 57  
Preisuntergrenze 212  
private Haushalte 190  
private Rentenversicherung 115  
private Unfallversicherung 116  
private Vorsorge 113  
Probezeit 170  
Produktkalkulation 212, 213  
Prokura 34  
Prokurist 136  
Provision 100  
Provisionsspanne 210

prozessorientierte Standardeinzelkostenrechnung 209  
Prozesspolitik 190  
Publikumsfonds 93  
Put 106

**Q**

qualitatives Wachstum 193  
quantitatives Wachstum 193

**R**

Rahmenlehrplan 169  
Rangfolge 128  
Ratenkredit 75, 76, 77  
Rating 90  
reales Bruttoinlandsprodukt 193  
Rechnungsabschluss 36  
Rechtsfähigkeit 32, 150  
Rechtsform 133  
Rechtsgeschäft 153  
rechtsgeschäftliche Vertreter 33  
Rechtsmangel 158  
Rechtsnorm 149  
Rechtsobjekt 151  
Rechtssubjekte 153  
regulierter Markt 109  
Rendite 89  
Rentabilität 64  
Rentenversicherung 112  
Restschuldbefreiung 86  
Restschuldersicherung 82  
Rezession 189  
Riester-Rente 114  
Risiken (Außenhandel) 45  
Risikokosten 212  
Risikolebensversicherung 115

Risikomischung 92  
 Risikospanne 211  
 Risikostreuung 92  
 Risikoversicherung 117  
 Rückgang 189

## S

Sachmangel 158  
 Sachwertpolice 117  
 Sachwertverfahren 122  
 saisonale Arbeitslosigkeit 194  
 Schickschulden 157  
 Schlechtleistung 158  
 Schriftform 153  
 SCHUFA-Scoring 75  
 Schuldenbereinigungsplan 86  
 Schuldverschreibung 87  
 Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung (SCHUFA) 57  
 Selbstfinanzierung 137  
 Sicherheit 64  
 Sicherheiten 79  
 Sicherheitszeichen 163  
 Sicherungsabrede 130  
 Sicherungsabtretung 80, 143, 146  
 Sicherungsübereignung 81, 143, 145  
 Sichteinlagen 11  
 solidarische Haftung 134  
 Solidaritätsprinzip 110  
 Solidaritätszuschlag 69  
 Sondertilgung 133  
 Sondervermögen 92  
 Sorgfaltspflicht 20  
 Sorten 41  
 soziale Marktwirtschaft 183

Sozialversicherung 110  
 Sparbrief 65  
 Sparbuch 14  
 Spareinlagen 69  
 Sparer-Pauschbetrag 103  
 Sparform 63  
 Sparkarte 74  
 Sparkonto 14  
 Sparprinzip 182  
 Sparurkunde 15  
 Spitzenrefinanzierungsfähigkeit 203  
 staatliche Eingriffe 186  
 staatliche Förderung 70  
 Stabilität des Preisniveaus 192  
 Stabilitätsgesetz 192  
 Stammaktie 90  
 ständige Fazilitäten 202  
 stille Zession 146  
 Straight Bonds 88  
 strategisches Controlling 214  
 Streik 180  
 Strukturbeitrag 207  
 strukturelle Arbeitslosigkeit 194  
 Stückbetragsaktie 90  
 Stückzinsen 100, 104  
 Stückzinsvaluta 101  
 subjektives Recht 149

## T

Tagesgeld 13  
 Tarifaufonomie 179  
 Tarifverhandlung 179  
 Tarifvertrag 179  
 Teilbetriebsergebnis 105, 210  
 Tendersverfahren 202  
 Termineinlage 14

Testamentsvollstrecker 39  
 Textform 153  
 Tiefstand 189  
 Tilgung 119  
 Tilgungsanleihe 89  
 Treuhandkonto 18

## U

Überweisung 21, 43  
 Überweisungsrückruf 22  
 Umsatzrentabilität 141  
 Umweltschutz 167  
 Umweltzeichen 167  
 unbeschränkte Haftung 134  
 UND-Konto 31  
 unechte Gesamtvertretung 33  
 Unfallverhütungsvorschriften 163  
 Unfallversicherung 112  
 unmittelbare Haftung 134  
 Unternehmen 190  
 Unterwerfungserklärung 130

## V

variabler Zins 125  
 Verbraucherdarlehen 60  
 Verbraucherinsolvenzverfahren 85  
 Verbraucherschutz 160  
 Verbrauchsgüterkauf 156  
 Verfügungsberechtigter 38  
 Verfügungsberechtigung 16  
 Verfügungsberechtigungen 69  
 Verhaltensregeln (Unfälle) 164  
 Verkehrswert 122



- Verlustverrechnungstöpfe 104  
Vermeidungsprinzip 168  
Verpfändung 143, 147  
Verpflichtungsgeschäft 156  
Verschwiegenheitspflicht 58  
Versicherungspflichtgrenze 111  
versprochene Leistung 15  
Vertragsfreiheit 160  
Vertretungsberechtigung 33  
Verursacherprinzip 168  
Verwahrstelle 93  
Verwahrung 101  
Verwaltung 101  
Verzinsung 88  
volle Geschäftsfähigkeit 151  
vollkommener Markt 184  
Vollmacht 69  
Vollmachts- bzw. Auftragsstimmrecht 102  
vollstreckbarer Titel 83  
Vormund 17  
Vorschusszins 74  
Vorzugsaktie 90  
**W**  
Warenschulden 157  
Wechselkurs 200  
Werbungskosten 176  
Werktag 174  
Wertbereich 206, 207  
Werterlöse 206  
Wertkosten 206  
Wertleistung 206  
Wertminderung 142  
Wertpapier 87  
Wertpapierhandel 109  
Widerruf 22, 132  
Widerrufsbelehrung 161  
Willenserklärung 153  
Wirtschaftskreislauf 190  
Wirtschaftsordnung 181  
Wirtschaftswachstum 192, 193  
Wohnungsbauprämie 72  
Wohnungsbau-Prämie 70  
**Z**  
Zahlungsbedingung 47  
Zero-Bonds 88  
Zertifikat 87  
Zession 80, 146  
Zielkonflikt 193  
Zinsen 69  
Zinsspanne 210  
Zinstender 202  
Zinsüberschuss 207  
Zinsvereinbarung 125  
Zubehör 129  
Zusammenarbeit 187  
Zusatzkosten 205  
Zuteilungsphase 68  
Zwangsvollstreckung 130  
Zweckerklärung 130  
Zwischenfinanzierung 131  
Zwischenzeugnis 173  
Zyklus (Konjunktur) 188